

MedienINFO 156 – Mittwoch, 20. Mai 2015

Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015

Witzel: Steuerregen soll Flüchtlingshilfe retten – Seriöse Finanzpolitik sieht anders aus

Die Landesregierung hat einen erneuten Nachtrag zum Haushalt des Jahres 2015 eingebracht. Notwendig wurde dieser aufgrund stark steigender Aufgaben bei der Flüchtlingshilfe. Finanzieren wollen SPD und Grüne diese Maßnahmen durch die Auswirkungen von Steuererhöhungen der rot-grünen Landesregierung sowie mit zu erwartenden Steuermehreinnahmen bei der Lohn- und Umsatzsteuer. Der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Ralf Witzel hält diese Abhängigkeit von sprudelnden Steuereinnahmen für bedenklich:

„Es ist grundsätzlich richtig, den immensen Anstieg der Flüchtlingszahlen mit weiteren Hilfsmaßnahmen des Landes zu flankieren. Die Mehrausgaben für die Flüchtlingsversorgung sind notwendig, wenn auch leider für viele notleidende Kommunen nicht ausreichend. Unzureichend ist insbesondere die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung vor Ort. Auch unterstützende Maßnahmen für die Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt sind praktisch nicht existent. Die Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen bleibt daher eine Mangelverwaltung, bei der alle paar Monate nachgebessert werden muss.

Erneut kann das Land notwendige Ausgaben nur stemmen, weil die Steuereinnahmen unerwartet hoch ausfallen dürften. Strukturelle Einsparungen werden auch in diesem Nachtragshaushalt vergeblich gesucht – es gibt keine. Die rot-grüne Landesregierung hängt damit sowohl am Tropf des Kapitalmarktes – nahezu unverändert braucht das Land fast 2 Milliarden Euro neue Schulden im Jahr, um die laufenden Ausgaben zu finanzieren – als auch von Rekordsteuereinnahmen. 2010 flossen noch 38 Milliarden Euro als Steuereinnahmen an das Land Nordrhein-Westfalen, in diesem Jahr werden es 48,5 Milliarden Euro sein. Trotz dieser historischen Bestbedingungen ist das Land Nordrhein-Westfalen noch weit von einer strukturellen Konsolidierung des Haushalts entfernt.“